Nr. 360 * Ausgabe B Nr. 164
Ausgabe für Berlin u. Umgegend Nr 360

Abend-Ausgabe

Dienstag, 5. August 1919
48. Jahrgang

Berliner Tageblatt
und Handels-Zeitung

Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.
Druck und Verlag von Rudolf Mosse in Berlin.

Die streikenden Polizisten in Liverpool.

Blutige Zusammenstöße zwischen Militär und Plünderern.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Haag, 5. August.

Aus London wird gemeldet: „Sämtliche Nachrichten deuten darauf hin, daß der Polizeistreik sich immer weiter ausdehnt. Täglich werden in den verschiedenen Stadtteilen Protestversammlungen abgehalten. Amtlich wird die Zahl der gegenwärtig streikenden Polizisten mit 1000 angegeben, die Sozialisten schätzen sie auf viele Tausend."

Der Polizeistreik in Liverpool wirkt vor allen Dingen bedenklich für das Zentrum der Stadt, wo kaum mehr Polizisten zu sehen sind, desgleichen für die Docks und Hafenanlagen. Die **Ladenplünderungen** sind also begreiflich. Die Stadt hat bei Ausbruch des Streiks sofort die **Entlassung aller streikenden Polizisten** verfügt, falls sie sich nicht innerhalb weniger Stunden zum Dienst meldeten. Auch die Eisenbahnpolizei und allen Bahnhöfen Liverpools nimmt an dem Streik teil, ebenso ein Teil der Liverpooler Feuerwehr. Von einem allgemeinen Streik der Liverpooler Polizei kann aber trotzdem ebensowenig die Rede sein, wie bei dem kürzlich mißglückten Streik der Londoner Polizei, der von dem neugegründeten Arbeiterblatt „Daily Herald" in seiner Bedeutung sehr übertrieben wurde. Hingegen scheint die Regierung über den Umfang des Streiks doch zu geringe Ziffern genannt zu haben.

Der gestrige Tag ist in Liverpool ruhig verlaufen. Im Mersey sind ein Schlachtschiff und zwei Zerstörer angekommen, um die Funkstationen und andere wichtige Punkte zu schützen. In der Stadt sind weitere **60 000 Mann Militär eingetroffen**, und die Behörden hoffen, die Ordnung aufrechterhalten zu können. Man glaubt, daß bei den Unruhen in Liverpool ein Schaden von 250 000 Pfund Sterling und in Birkenhead ein Schaden von 500 000 Pfund angerichtet wurde. Im Laufe der Unruhen wurde ein Mann erschossen, zwei wurden durch Gewehrschüsse verwundet, 70 bis 80 Personen wurden verwundet, fast 400 Personen verhaftet. Ueber 100 Läden wurden zerstört und geplündert.

London, 4. August. (Reuter.)

Unterhaus. Auf eine Anfrage über den Polizeistreik sagte der Staatssekretär des Innern Shortt, die Lage habe sich nicht wesentlich verändert. Der Streik sei eine Meuterei gegen die dem Publikum geschuldete Pflicht, und die Regierung werde sich auf kein Kompromiß mit den Ausständigen einlassen. Die entlassenen Leute würden nicht wieder eingestellt werden.

Amsterdam, 5. August. (T. U.)

Ueber die Lage in Liverpool wird gemeldet: „Liverpool ist noch immer der Schauplatz ernster Unruhen, obwohl durch die Ankunft von Militär verhindert wurde, daß ungeschützte Läden geplündert wurden. Bei diesen Schutzmaßregeln ist es zu Blutvergießen gekommen. Ein Militärkraftwagen mit einer Anzahl von Plünderern, die von der Besatzung des Kraftwagens festgenommen worden waren, wurde von der Menge mit Steinen beworfen. Schreckschüsse der Soldaten blieben erfolglos. Die Menge ließ erst auf die Drohung der Soldaten, scharf zu schießen, ab. Etwa 8000 Arbeiter hielten in Liverpool eine Massenversammlung ab.

Patterson (New-Jersey), 4. August. (Reuter.)

15 000 bis 17 000 Seidenweber streiken. Sie verlangen die sofortige Einführung der 44-Stunden-Woche. Die Fabrikanten hatten vor kurzem die Einführung der 44-Stunden-Woche ab 1. Oktober gewährt.

Die deutschen Sozialisten auf der internationalen Sozialistenkonferenz.

Die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich. — Einsetzung einer Unterkommission.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

W. Zürich, 5. August.

Die Kommissionsberatungen der internationalen Sozialistenkonferenz in Luzern über die Wiederaufnahme der Internationale, die gestern stattfanden, befaßten sich in der Hauptsache mit der Frage, ob die Teilnahme der deutschen Mehrheitssozialisten ein Vorbehalten der Unabhängigen und der ihnen entsprechenden radikalen Gruppen in der Internationale noch weiterhin ermögliche. Den Standpunkt der deutschen Unabhängigen vertrat der Berliner Dr. Hilferding, der von den inneren Verhältnissen Deutschlands behauptete, sie seien schlimmer als die russischen. Hierbei fand Hilferding die Unterstützung des Franzosen Longuet, dem die Teilnahme der Mehrheitssozialisten schon aus dem Grunde unsympathisch ist, weil diese in ihrer Haltung der Richtung Renaudels nahe kommen. Für die deutschen Mehrheitssozialisten trat Wels Hilferding entgegen. Er gab ein Bild der Verhältnisse in Deutschland, die die Regierung zu ihren Maßnahmen gezwungen hätten, und wies auf die Zusammenhänge hin, die zwischen den Unabhängigen und den Bolschewisten beständen. Wels wurde von Bernstein unterstützt.

Luzern, 4. August. (Schweiz. Dep.-Ag.)

Die zur Beratung der allgemeinen internationalen Politik von der internationalen Sozialistenkonferenz ernannte Erste Kommission besprach zunächst die Lage der Kriegsgefangenen. Der deutsche Mehrheitssozialist Wels gab eine ausführliche Darstellung der Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Frankreich und beklagte sich darüber, daß deren Lage sich seit dem Waffenstillstand verschlechtert habe. Er bat die französischen Sozialisten, alles zu tun, um die Rückkehr der Gefangenen zu beschleunigen, und dafür zu sorgen, daß ihr Los erleichtert werde, sobald einmal der Friedensvertrag ratifiziert sei und sie als freie Arbeiter bei den Wiederherstellungsarbeiten in den zerstörten Gebieten Nordfrankreichs tätig seien. Wels sprach auch von den russischen Gefangenen, die sich noch in Deutschland befinden, und betonte, daß es die Entente sei, die Deutschland verhindere, die Gefangenen nach Rußland zurückkehren zu lassen. Man müsse sogar befürchten, daß die Entente die Gefangenen den reaktionären Generalen Denikin und Koltschak in die Arme treiben wolle. In langer Aussprache, an der Vertreter fast aller anwesenden Nationen teilnahmen, brachten die französischen Sozialisten Renaudelt und Longuet zum Ausdruck, daß die französischen Sozialisten in dieser Hinsicht alles tun würden, was in ihrer Macht stehe. Es wurde schließlich eine Unterkommission ernannt, die die Lage der Kriegsgefangenen in den verschiedenen Ländern untersuchen und der Vollversammlung eine Entscheidung unterbreiten soll. Die erste Kommission ernannte einen siebengliedrigen Ausschuß, der eine Entschließung, betreffend den Friedensvertrag, den Völkerbund und alle damit zusammenhängenden Fragen ausarbeiten soll.

Darauf wurde die große Debatte über die Stellungnahme der zweiten Internationale zur Revolution und der Methode des Bolschewismus fortgesetzt. In ausführlichen Reden setzten Hilferding, deutscher Unabhängiger, Wels, deutscher Mehrheitssozialist, Eduard Bernstein, deutscher Unabhängiger und Vandervelde (Belgien) ihre Ansichten auseinander. Die Kommission wird in einer Nachtsitzung die Debatte zu Ende führen. Die zweite Kommission, die sich mit dem Wiederaufbau der Internationale zu beschäftigen hat, nahm eine Erklärung über die Grundsätze an und genehmigte die neuen Statuten, die dem großen Kongreß im Februar unterbreitet werden sollten. Die Kommission nahm eine Entschließung an, die verlangt, daß zu gleicher Zeit mit dem Kongreß im Februar auch eine Vereinigung von parlamentarischen Vertretern der Arbeiter- und Sozialistenparteien einberufen werden soll.

Die Lage unserer Kriegsgefangenen in Sibirien.

Ueber die Lage unserer Kriegsgefangenen in Sibirien erfahren wir von zuständiger Stelle:

Trotz aller Versuche, unsere Gefangenen auf dem Wasserwege nach Deutschland zu bekommen, hat die Entente den Rücktransport bisher nicht genehmigt. Selbst die Bitte, eine deutsche Kommission zum Zweck einer unmittelbaren Hilfsaktion nach Sibirien senden zu dürfen, wurde ohne Angabe von Gründen abgeschlagen.

Es sind vom Reich nunmehr außer dem monatlichen Zuschuß von 1 Million für die sibirischen Kriegsgefangenen weitere 12 Millionen zur Beschaffung von Winterkleidung usw. bewilligt worden. Dazu ist zu bemerken, daß die Versuche, die Gefangenen noch vor dem Winter hereinzubekommen, fortgesetzt werden; die obige Maßnahme hat allein einen vorsorgenden Charakter.

Bildung einer deutschen Kriegslastenkommission.

Amtlich. **Berlin**, 5. August. (W. T. B.)

Zur Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages über die Entschädigungen an die Alliierten ist durch Erlaß des Reichspräsidenten vom 31. Juli d. J. eine deutsche Kriegslastenkommission gebildet worden. Zu ihrem Vorsitzenden ist der Abteilungsleiter im Reichsfinanzministerium, Bergmann, unter Ernennung zum Unterstaatssekretär; zum Stellvertreter des Vorsitzenden ist der Unterstaatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Schroeder, berufen worden. Die Kommission hat die Aufgabe, die Verhandlungen mit der interalliierten Wiedergutmachungskommission unter Beteiligung des Auswärtigen Amts zu führen und die Tätigkeit der beteiligten deutschen Behörden für die Entschädigungsleistungen zusammenzufassen. Sie besteht aus Vertretern der beteiligten Zentralbehörden (des Reichsfinanzministeriums, des Auswärtigen Amts, des Reichswirtschaftsministeriums, des Reichsarbeitsministeriums und des Reichsschatzministeriums). Ferner sollen eine Anzahl von wirtschaftlichen Sachverständigen als Mitglieder berufen werden. Die Kommission soll keine eigene Tätigkeit als Behörde ausüben und hat daher auch keine eigenen Beamten. Sie soll vielmehr ein sachgemäßes Zusammenwirken der verschiedenen beteiligten Behörden, deren Zuständigkeit durch ihre Bildung nicht berührt wird, erleichtern und sichern.

Die Anerkennung der Reichsregierung durch Dänemark.

Kopenhagen, 5. August. (W. T. B.)

Nachdem die dänische Regierung ebenso wie die Regierungen von Schweden und Norwegen vor kurzem die Regierung Eberts in Deutschland anerkannt haben ist der bisherige deutsche Gesandte Freiherr v. Neurath gestern vom König zur Ueberreichung seines Beglaubigungsschreibens empfangen worden.

*

Amsterdam, 5. August. (W. T. B.)

Die „Times" vom 2. August schreiben in einem Leitartikel, das am Mittwoch in Weimar veröffentlichte Weißbuch sei ein wertvoller Beitrag zur Geschichte. Die deutsche Regierung habe gut getan, die Tatsachen bekanntzumachen. Sie zeigten, daß die Initiative zu den Friedensverhandlungen nicht von den Politikern ausgegangen sei, sondern von den Kommandanten im Felde.

Nach dem Rücktritt Otto Bauers.

Die scheintote Anschlußidee.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

I. Wien, 4. August.

Der Rücktritt Dr. Otto Bauers von seinem Amt als Staatssekretär des Aeußern hat in Deutschland eine Reihe von Betrachtungen hervorgerufen, die geeignet sind, eine durchaus falsche, in den tatsächlichen Verhältnissen nicht begründete Einstellung zu Deutschösterreich und der Anschlußidee herbeizuführen. Es ist dringend notwendig, die Schlußfolgerungen, die an den Rücktritt Otto Bauers geknüpft worden sind, nach verschiedenen Richtungen hin einzuschränken.

Zweifellos ist einer der Hauptgründe für die Demission Dr. Bauers in dem Scheitern seiner Anschlußpolitik zu suchen. Dr. Bauer hat das in seinem Demissionsgesuch an den Präsidenten Seitz unumwunden zugegeben. Gleichwohl muß man sich mit aller Deutlichkeit klar machen, in welcher Beziehung die Anschlußpolitik Dr. Bauers gescheitert ist. Hier ist vor allem festzustellen, daß diese Politik durch äußere Widerstände, nämlich an dem Widerstand der Entente oder richtiger gesagt an dem Widerstand Frankreichs und, wenn man das Widerstandszentrum ganz klar abgrenzen will, an dem Widerstand Clemenceaus und der mit ihm verbündeten Kreise zum Scheitern gebracht wurde. Denn Italien hat sich wiederholt in sympathisierender Weise für den Anschluß ausgesprochen und auch in England und in den Vereinigten Staaten sind verschiedene wohlwollende Stimmen für den Anschluß laut geworden. Gleichwohl hat Clemenceau auch in der Anschlußfrage auf der Pariser Konferenz gesiegt und Bauers Rücktritt ist — auch darauf hat der Staatssekretär in seinem Demissionsgesuch hingewiesen — nicht zum mindesten eine Folge dieses Sieges. Dagegen kann die Anschlußidee, soweit sie eine Frage der inneren Politik gewesen ist, nicht als unterlegen bezeichnet werden. Der Beschluß, mit welchem Deutschösterreich am 12. November 1918 als Teil der großen deutschen Republik erklärt wurde, ist nicht nur einstimmig gefaßt, sondern seither auch in der Verfassung Deutschösterreichs verankert worden. Gewiß ist die Anschlußpolitik Bauers auch in Deutschösterreich bekämpft worden. Von Anfang an gab es Leute, die auf die Verteidigung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschösterreichs verzichten wollten, da sie an der Möglichkeit zweifelten, diese Forderung in Paris durchzusetzen, und da sie die Entente durch Fügsamkeit zu gewinnen hofften. Die Anschlußidee selbst jedoch hat, wenn man von einigen Direktoren des Wiener Bankvereins und anderer Bankinstitute absieht, die überzeugt sind, in Verbindung mit den Ententekapitalisten Deutschösterreich noch besser als bisher ausbeuten zu können, sehr wenig Gegner in Deutschösterreich gefunden. An dieser Lage hat sich auch heute nichts geändert. Ja, die übereinstimmende Ungerechtigkeit in den Friedensbedingungen von Versailles und St. Germain hat die kulturelle und nationale Gemeinschaft zwischen Deutschland und Deutschösterreich noch durch die Gemeinsamkeit des Leidens vertieft. Mit Recht hat Otto Bauer in seiner Abschiedsrede an die Beamten seines Staatsamtes gesagt, seine Anschlußpolitik habe, obwohl sie in Paris zum Scheitern gebracht worden sei, zum mindesten das eine Gute gehabt, das deutsche Volk in Oesterreich acht Monate lang mit dem Anschlußgedanken in innigste Berührung zu bringen. In Wahrheit ist heute die Anschlußidee in Deutschösterreich lebendiger denn je. Hunderttausende, die vor dem Umsturz keine Ahnung von der Bedeutung dieses Gedankens hatten, hegen ihn heute in der Heimlichkeit ihres Herzens.

Das ist der Gesichtspunkt, unter dem allein die deutsche Politik und die deutsche Oeffentlichkeit die Anschlußfrage zu betrachten haben und von dem aus auch die Einstellung der Beziehungen Deutschlands zu Deutschösterreich zu erfolgen hat. Anschlußpolitik im Sinne Otto Bauers, dessen Tätigkeit wohl auch Deutschland in dankbarer Erinnerung behalten darf, kann heute vielleicht nicht mehr getrieben werden. Deutschland hat im Friedensvertrag von Versailles ausdrücklich auf die Betreibung des Anschlusses verzichtet und die loyale Erfüllung dieser Verpflichtung wird der deutschen Regierung um so leichter fallen, als schon ihre Vorgängerinnen sich sorgfältig jeder Einflußnahme auf die politische Willensbildung in Deutschösterreich enthalten haben. Auch Deutschösterreich hat auf die Anschlußpolitik verzichtet, weil es sich gegenwärtig viel zu abhängig von Frankreich fühlt, um die Durchsetzung von Wünschen, die Herrn Clemenceau nicht genehm sind, weiter zu betreiben. Es ist auch möglich, daß sich Deutschösterreich unter dem Druck seiner wirtschaftlichen Not und wahrhaftig nicht aus Sympathie für die französischen Machthaber jetzt für einige Zeit französisch orientiert, womit sich heute alle Wiener Snobs ungeheuer imponierend vorkommen, aber das alles kann, soll und wird nicht verhindern, daß die Beziehungen Deutschösterreichs zu Deutschland innerlich von der Anschlußidee getragen werden. Manche praktische Frage auf wirtschaftlichem, finanziellem und währungspolitischem Gebiet wird auch künftighin mit dem Blick auf das Ideal der Zukunft gelöst werden können. Auch Clemenceau wird die innige kulturelle und nationale Gemeinschaft zwischen Deutschösterreich und Deutschland, die niemanden bedroht, nicht zerreißen, selbst wenn es ihm gelingt, an die Stelle Dr. Bauers den Gesandten Franz endgültig in das Staatsamt des Aeußern zu bringen, von dem sich der französische Gesandte Herr Allizé vielleicht nicht mit vollem Recht so viel verspricht.

Diese wahren Verhältnisse hat auch Deutschland zur Grundlage seiner Betrachtung des deutschösterreichischen Problems zu machen. Es ist weder angebracht, dem Ende der Anschlußpolitik Dr. Bauers wehmütig nachzutrauern, noch Deutschöster-